

Magda vs. Maria

SVP-Arbeitnehmerchefin Magdalena Amhof wirft der Team-K-Abgeordneten Maria Rieder vor, im Zusammenhang mit der Abfertigungs-Auszahlung „**falsche Hoffnungen zu schüren**“.

Magdalena Amhof schüttelt den Kopf: „Es ist schade, dass die Kollegin Rieder die Tatsachen verdreht und bei den Betroffenen falsche Hoffnungen schürt.“ Der Landtag hat am Mittwoch einstimmig einen Beschlussantrag des Teams K gutgeheißen, der die Vorstreckung der Abfertigung der öffentlichen Angestellten zum Inhalt hat. Arbeitnehmerchefin Amhof hat den Antrag mitunterzeichnet – unter der Voraussetzung, dass der Ursprungstext umgeschrieben wird. „Selbstverständlich muss die Abfertigungsauszahlung beschleunigt werden. Dazu bedarf es jedoch zuerst einer

rechtlichen Abklärung, denn die Fristen für die Auszahlung der Abfertigung sind auf gesamtstaatlicher Ebene geregelt. Die Frage ist, ob es Zuständigkeit des Landes ist, hier andere – also eigene - Fristen vorzusehen. Weiters dürfen wir auch den finanziellen Aspekt nicht außer Acht lassen. Die notwendigen Geldmittel müssen im Haushalt verfügbar sein“, erklärt die SVP-Abgeordnete.

In einer Pressemitteilung habe das Team K aber einen anderen Eindruck erwecken wollen, ärgert sich Amhof: Viele Beamte glaubten, dass ihnen nun die Abfertigung ausbezahlt werde, was aber nicht



Magdalena Amhof



Maria Rieder

den Tatsachen entspreche. Zudem wolle sie nicht den Vorwurf stehen lassen, sich „mit fremden Federn zu schmücken“. Es sei ein altbekanntes Anliegen der SVP-ArbeitnehmerInnen, die Abfertigungszah-

lungen der öffentlich Bediensteten – und zwar für alle Pensionsformen – zu beschleunigen und dass man schon seit längerem an der verwaltungstechnischen Umsetzung dieses Vorhabens tüftle. „Der vorliegende Beschlussantrag entspricht zwar unserem Ansinnen, ist allerdings so nicht umsetzbar. Deshalb haben wir einen Abänderungsantrag vorgeschlagen und diesen gemeinsam mit dem Team K formuliert. Wenn wir das Vorhaben effektiv umsetzen wollen, müssen wir vorab einige rechtliche und finanzielle Fragen klären, in Form einer Vorschusszahlung könnte es aber gelingen“, so Amhof. (mat)